



Ungarn: Internetsteuer als Zensur?

Victor Orbáns rechtskonservative Fidesz-Regierung plant die Einführung einer neuen Internetsteuer - ein weiterer Schritt in Richtung Zensur. Tausende Menschen sind daher vergangenen Sonntag auf die Straßen Budapests gezogen, um gegen das geplante Gesetz zu demonstrieren. Währenddessen droht der ungarische Parlamentschef László Kövér mit Ungarns Austritt aus der EU.

Am vergangenen Dienstag behandelte das ungarische Parlament die Einführung einer neuen Internetsteuer. Orbáns Regierung plant jedes verbrauchte Gigabyte Datentransfer mit 0,49 Euro zusätzlich zu belasten. Die ungarische Regierung braucht nämlich dringend neue Einnahmen in der Staatskasse. Die geplante Steuer soll umgerechnet mehrere hundert Millionen Euro zusätzlich bringen.

Leidtragende der neuen Steuer wären - wie so oft - GeringverdienerInnen bzw. RegierungskritikerInnen - unabhängig davon, ob die Gebühr nun doch (mit 2,27 Euro/Monat) gedeckelt würde oder nicht. Der regierungskritische Radiosender 'Klubrádió' kann nämlich zum Beispiel außerhalb von Budapest nur über das Internet empfangen werden, was zusätzliche Kosten für Hörerinnen und Hörer bedeuten würde. Ungarn begibt sich mit einem solchen Schritt - wie es meine Kollegin Petra Kammerevert genannt hat - zurück in das "kommunikative Mittelalter" und nähert sich einem Ausmaß an Zensur, das der Europäischen Charta der Menschenrechte, insbesondere aber dem Recht auf Redefreiheit und dem Zugang zu Informationen, klar widerspricht. Darüber hinaus würde auch der Zugang zu Kulturgütern und -dienstleistungen erschwert und somit die kulturelle Vielfalt Ungarns eingeschränkt werden.

Aufgrund des zunehmenden Drucks seitens der EU und insbesondere der Zivilgesellschaft hat Orbán seinen Gesetzesvorschlag nun zurückgezogen. Ein Teilerfolg, denn ebenso kündigte der Ungarische Premier bereits an, das Gesetz im nächsten Jahr einführen zu wollen.

Nun ist der designierte ungarische EU-Kommissar Tibor Navracsics gefragt. Wir Abgeordneten zum Europäischen Parlament haben Navracsics einen Vertrauensvorschuss entgegengebracht, dem er, der sich in den vergangenen Wochen immer wieder gebetsmühlenartig zu seiner europäischen Gesinnung bekannt hat, nun dringend Taten folgen lassen muss. Es ist aber auch unsere Aufgabe als SozialdemokratInnen im

JÖRG LEICHTFRIED

Soziales Europa.
Starke Steiermark.



S&D

Europäischen Parlament wachsam zu bleiben und weiterhin Druck auf die ungarische Regierung auszuüben. Ein solches Gesetz darf auch nicht im nächsten Jahr fern von aller Öffentlichkeit beschlossen werden. Wir werden daher die Situation genau beobachten und auch in Zukunft nicht zulassen, dass die Zivilgesellschaft in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union in ihren Freiheiten derart beschränkt wird.